

Rede Heidrun Bluhm zur 212. Sitzung des Deutschen Bundestages am Freitag den 30.11.2012 zum TOP 15 Ausverkauf staatlichen Eigentums stoppen – keine Privatisierung der TLG Wohnungen

Herr Präsident,

sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
vor allem meine Damen und Herren des Bundesfinanzministeriums,

glauben sie im Ernst, dass sie uns durch ihren hektischen Aktionismus beim Verkauf der TLG Wohnen GmbH austricksen können?

Der vorgestern eilige und geheimnisvolle Abschluss des Kaufvertrages wird sie nicht davor schützen, dass ihre Machenschaften nicht doch ans Tageslicht kommen.

Abgesehen davon, dass sie im vollen Wissen, dass die Parlamentarier in dieser Woche in zweiter und dritter Lesung den Verkaufsstopp öffentlich debattieren wollen, haben sie vor allem die Mieterinnen und Mieter damit vor vollendete Tatsachen gestellt, ohne sie davon ordentlich in Kenntnis zu setzen.

Das soll der neue Eigentümer nicht morgen, oder nächste Woche oder im nächsten Monat, sondern im nächsten Jahr übernehmen.

Aber das Jahr ist lang ...

Das ist ein Skandal, so wie ihre gesamte Informationspolitik gegenüber den betroffenen Mietern in den letzten Monaten ein Skandal war.

Offensichtlich haben sie sehr viel zu verheimlichen, wenn sie sowohl ihr Parlament als auch die Mieterinnen und Mietern, aber auch die Öffentlichkeit völlig raushalten wollen.

Sie wollten ein offenes, transparentes und bedingungsloses Bieterverfahren durchführen.

Ihre Vorgehensweise ist weder offen, noch transparent und schon gar nicht bedingungslos.

Sie haben vorgestern für knapp eine halbe Milliarde das letzte Wohnungsvermögen der Bürgerinnen und Bürger der ehemaligen DDR an den internationalen Immobilienmarkt verscherbelt, obwohl sie auch die Chance gehabt hätten, diese Wohnungen denjenigen zu verkaufen, denen sie eigentlich gehören.

Wenn dann die Mieter auch ein zweites Mal dafür bezahlt hätten, so wären sie doch nach 22 Jahren endlich wieder rechtmäßige Eigentümer der Wohnungen geworden.

Sie wollten Tatsachen schaffen, obwohl das Parlament Anträge eingebracht hat, den Verkauf zu stoppen oder die Übertragung an die Kommunen, wie es der Einigungsvertrag vorsieht, fordert.

Im Einigungsvertrag heißt es, ich zitiere aus §1 Abs.1:

„Volkseigenes Vermögen, das kommunalen Aufgaben und kommunalen Dienstleistungen dient, ist durch Gesetz den Städten und Gemeinden zu übertragen.“

Aber für sie ist das, wie der aktuelle Verkaufsfall beweist, keine kommunale Aufgabe der Daseinsvorsorge.

Das ist ein Irrtum und ein politischer Skandal.

Meine Damen und Herren,

sie begünstigen schamlos private Finanzinvestoren, denn schon vor der Verkaufsentscheidung verschieben sie die Haushaltseinnahme in das Jahr 2013.

Warum? Ich sag es ihnen.

Weil die TAG das Kapital erst an der Börse besorgen muss.

30 Millionen Aktien müssen erst verkauft werden, damit der Kaufpreis aufgebracht ist. Das braucht Zeit.

Diese werden vornehmlich angelsächsische Kapitalanleger mit hohen Renditeerwartungen erwerben, die die Mieterinnen und Mieter erwirtschaften sollen.

Mit diesem DEAL tragen sie dazu bei, dass sich die Gesamtbilanz des Käufers allein durch die hohe Werthaltigkeit des TLG-Bestandes wesentlich verbessern wird.

Das ist Begünstigung der Privatwirtschaft auf Kosten des Allgemeinwohls und allein schon ein Skandal.

Die viel gepriesene Sozialcharta, die sie verhandelt haben wollen, geht völlig am Leben vorbei. Vereinbart wurde hauptsächlich das, was sowieso nicht eintreten wird oder ohnehin geltendes Recht.

Wie z. B. Luxussanierungen. Die sind in den verkauften Beständen sowieso sehr unwahrscheinlich, dafür nicht geeignet.

Oder z. B. Eigenbedarfskündigungen. Eine Kapitalgesellschaft kann überhaupt keinen Eigenbedarf anmelden. Es sei denn, der Vorstandsvorsitzende der TAG hat keine Wohnung.

Der wird ganz wo anders wohnen und sicher nicht nach Merseburg, Kitscher oder Lauta ziehen wollen.

Was den Mieterinnen und Mietern aber wirklich geholfen hätte, wäre das Festschreiben der jetzigen Mieten gewesen.

Davon steht in ihrer sogenannten Sozialcharta allerdings nichts.

Ihre Sozialcharta ist scheinheilig, gewissenlos und wird keinen Mieter vor maximaler Verwertung seiner Wohnung schützen.

Der Vorstandsvorsitzende der TAG Immobilien AG hat gerade gestern bei Frau Illner mehrfach und ungeschminkt darauf hingewiesen, dass Wohnen in Deutschland immer noch viel zu billig ist.

Und an den haben sie gerade 30.000 Mieterinnen und Mieter verkauft.

Das ist ein Skandal und verlogener geht es nicht.

Und nun zur Rolle der Barclays Bank meine Damen und Herren,

Der Bundesfinanzminister hat gerade **den** Transaktionsbeauftragten für die Einfädelerung des DEALs bestellt, der in England vor Gericht steht, wegen Manipulation des LIBOR.

(Das ist der Referenzzins des englischen Pfund an der Börse.)

Der Vorstandsvorsitzende der Bank ist bereits zurückgetreten. Sicher nicht, weil die Vorwürfe haltlos sind.

Die Auswahl dieses Transakteurs vom Bundesfinanzminister ist mindestens instinktlos, wenn nicht auch schon ein Skandal.

Aber was der **wirkliche Skandal** ist, sage ich ihnen jetzt meine Damen und Herren.

Dreimal dürfen sie raten, wen die TAG Immobilien AG mit der Börsenimmission für die 30 Millionen Aktien diese Woche beauftragt hat.

Natürlich die Barclays Bank.

Da kommt übrigens der jetzige TAG Vorstandsvorsitzende auch her, wie in seiner Vita zu lesen ist. Und so schließt sich der Kreis oder sollte ich besser sagen der Filz?

Egal was drauf steht auf dem Immobilien-Paket, immer ist Barclays drin.

Und liebe Kolleginnen und Kollegen der Koalition,

rechnen sie nicht mit dem vollen Kaufpreis, denn die Barclays Bank wird sich die Arbeit der Transaktion teuer bezahlen lassen.

Herr Kampeter wollte unsere Frage nach der Höhe der Transaktionskosten an Barclays nicht beantworten, wegen der Vertragsgeheimnisse, die nicht öffentlich gemacht werden dürfen.

Das will er auch seinen Abgeordneten mit Haushaltshoheit nicht mitteilen.

Aber nehmen wir nur einmal an, dass sie sich mit 1 Prozent der Transaktionssumme zufrieden geben, dann haben sie nur dafür fast 5 Millionen erzielt.

Ein Skandal, den die Mieterinnen und Mieter der TLG bezahlt haben.

Meine Damen und Herren in der Regierung und aus der Koalition,

Fragen sie sich gelegentlich auch mal, für wen sie Politik machen und wer sie gewählt hat?

Sicher nicht. Sonst würden sie sich nicht als **Trittbrett für die internationale Finanzindustrie** betätigen. Aber eins haben sie ja jetzt erreicht.

Nun ist das leidige und von vielen Skandalen begleitete Thema der Treuhand nach 22 Jahren, wenn auch mit neuem Skandal, endlich Geschichte.

neues deutschland, 22.11.2012

Schäuble verscherbelt TLG

Hamburger TAG-Konzern erhält Zuschlag für staatseigene Wohnungen

Von Simon Poelchau

471 Millionen Euro kriegt der Bund für den Verkauf der TLG. Die LINKE und der Mieterbund warnen vor den Folgen für die Mieter.

Jetzt ist die Entscheidung gefallen. Gestern gab das Bundesfinanzministerium bekannt, dass die rund 11.300 Wohnungen des staatlichen Immobilienunternehmens TLG an die Hamburger TAG Immobilien AG verkauft werden sollen. Ihr Preis beträgt 471 Millionen Euro. Bereits im Juli war die von der LINKEN initiierte Wohnungsgenossenschaft FAIRWOHNEN vom Bieterverfahren ausgeschlossen worden.

Die ostdeutsche TLG ging 1991 als Immobilienunternehmen aus der Treuhandgesellschaft hervor. Sie entwickelte sich nach Umstrukturierungen zu einem profitablen Unternehmen, das seit 2002 durchgängig Gewinne in zweistelliger Millionenhöhe machte. Letztes Jahr betrug ihr Überschuss 18 Millionen Euro. Trotzdem wollte das Finanzministerium das Immobilienunternehmen privatisieren, weil „kein wichtiges Bundesinteresse“ bestehe. Dafür spaltete es die Wohnungen zum 1. Januar 2012 auf eine eigens gegründete GmbH, die TLG, ab.

„Wir freuen uns, mit der TAG Immobilien AG einen Investor gefunden zu haben, für den die Bestandsbewirtschaftung im Vordergrund steht“, rechtfertigte Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) den Verkauf. Teil des Kaufvertrages soll eine „Sozialcharta“ sein. So sollen nach Angaben des Ministeriums unter anderem alle Mietverträge unverändert übernommen werden und die Mieter einen fünfjährigen Schutz vor Kündigungen auf Grund von Eigenbedarf bekommen.

Für die wohnungspolitische Sprecherin der LINKEN im Bundestag, Heidrun Bluhm, wird mit dem Verkauf wieder einmal privaten Großanlegern öffentliches Vermögen zugeschoben, ohne auf die Menschen, die davon betroffen sind, Rücksicht zu nehmen. „Das was Schäuble eine Sozialcharta nennt, ist das Papier auf dem es steht, nicht wert“, sagte Heidrun Bluhm gegenüber „nd“. Sie hofft, dass der Verkauf noch rückgängig gemacht wird. „Solange der Vertrag nicht unterschrieben ist, kann Schäuble noch zurück“, so Bluhm. Um die Privatisierung der Wohnungen vielleicht noch verhindern zu können, bringt ihre Fraktion nächste Woche einen Antrag auf einen Verkaufsstopp ein.

Auch der Deutsche Mieterbund (DMB) kritisierte den Verkauf der Wohnungen. „Angesichts der aktuellen Mietpreisentwicklungen muss die Bundesregierung alles unternehmen, um preiswerte Wohnungsbestände zu sichern“, erklärte DMB-Präsident Lukas Siebenkotten. Die Bundesregierung mache aber das Gegenteil. Mit dem Verkauf seien Preissteigerungen für die Mieter vorprogrammiert.

Gefallen an dem Deal kann hingegen die TAG haben. „Wir freuen uns über diese sehr attraktive und strategisch exzellent zu uns passende Akquisition“, gab ihr Chef, Rolf Elgeti, bekannt. Denn die TAG macht bei dem Kauf einen guten Schnitt. Die jährlichen Mieteinnahmen betragen rund 42,4 Millionen Euro. Zudem muss die TAG nur 218 der 471 Millionen Euro des Kaufpreises bezahlen. Der Rest sind Verbindlichkeiten, die sie übernimmt.

neues deutschland, 22.11.2012

Der Osten als Wertanlage

Rolf Elgeti, Chef der TAG Immobilien AG:
„Wohnen ist in Deutschland zu billig“

Von Hermannus Pfeiffer

Mit dem Kauf der TLG-Wohnungen für rund eine halbe Milliarde Euro steigt die frühere „Eisenbahn Aktiengesellschaft Schaftlach-Gmund-Tegernsee“ in den Kreis der Top-Immobilienkonzerne auf. Hinter dem jüngsten Expansionskurs der über 100 Jahre alten TAG aus Hamburg steht ein Ex-Investmentbanker, dem die Mieten in Deutschland zu niedrig sind – noch.

Für „bauernschlau“ hält die Wirtschaftszeitung „Handelsblatt“ den Chef der TAG Immobilien AG in Hamburg, Rolf Elgeti. Der Sohn eines Landwirtes, in Mecklenburg aufgewachsen, schmiss seine Karriere in der Londoner Finanzwelt noch vor der Lehman-Pleite hin. Nach einer steilen Karriere bei der Schweizer UBS, der Commerzbank und der niederländischen ABN Amro hatte Elgeti zu den bekannteren deutschen Aktienanalysten gehört und galt als origineller Denker. Er hätte es ganz nach oben schaffen können, meinen Beobachter. Aber Elgeti wollte selber ins Geschäft. Bei einem Glas Rotwein, so erzählte er später, sei ihm mit Freunden in der Londoner City der Gedanke gekommen, in sogenannte Zinshäuser sein Geld anzulegen. So nennen Investoren Mietshäuser. Der geografische Schwerpunkt: Ostdeutschland, die alte Heimat.

Elgeti überzeugte Finanzanleger, ihm Geld für Zukäufe zu geben. Im Jahr 2009 übernahm er dann den Chefposten bei der TAG Immobilien. Die bereits 1882 gegründete Aktiengesellschaft verwaltete zu diesem Zeitpunkt nur ein paar tausend Wohnungen und galt als unrentabel. Zuerst kaufte Elgeti den größeren Konkurrenten Colonia Real Estate, dann übernahm er von der staatlichen Bayerischen Landesbank die DKB Immobilien mit ihren 25.000 ostdeutschen Wohnungen. Seither bewegten sich Kosten und Mieten „in die richtige Richtung“, heißt es im Quartalsbericht der TAG.

Im November verlängerte Vorstandschef Elgeti seinen Vertrag bis Ende 2017. Er sieht sich im Trend: Die Preise für Wohnungen schießen in die Höhe. Mittlerweile warnt selbst die Deutsche Bundesbank ungewöhnlich deutlich vor einer Immobilienblase. Noch steigen die Kaufpreise schneller als die Mieten, doch mittelfristig – und darauf setzt Elgeti – werden die Mieten nachziehen. „Wohnen ist in Deutschland zu billig“, sagte er in einem Interview. Die TAG will daher „Wertsteigerungspotenziale innerhalb des Portfolios“ heben.

Die Wurzeln der TAG liegen am Tegernsee in Bayern. Im Jahr 1882 wurde in München die „Eisenbahn Aktiengesellschaft Schaftlach-Gmund-Tegernsee“ gegründet. 1999 bildeten die Immobilien der Eisenbahn den Grundstock für ein neues Immobilienunternehmen. Die Hamburger haben heute Niederlassungen in Berlin, Leipzig, Düsseldorf und München, beschäftigen 485 Menschen und verfügen mit der TLG-Übernahme bald über rund 69 000 Wohneinheiten, überwiegend in Ostdeutschland und Berlin. Das Unternehmen ist seit September im MDAX notiert, in dem die größten deutschen Unternehmen gleich nach dem DAX gelistet sind. Hauptaktionäre sind laut Firmenangaben „nationale und internationale Investoren“. Der 500 Millionen Euro teure TLG-Deal soll durch neue Aktien finanziert werden.

Der Deutsche Mieterbund in Berlin sieht Elgetis Treiben schon länger mit Sorge. Bereits den Kauf der ostdeutschen Wohnhäuser von der Bayerischen Landesbank im März hatte der Verband scharf kritisiert. Und auch mit dem Verkauf der TLG-Immobilien seien demnach „Preissteigerungen für die betroffenen Mieterhaushalte vorprogrammiert“. Auch in Hoyerswerda gehören der TAG bald Wohnungen.

Jenapolis, 20.11.2012

Ralph Lenkert zum geplanten Verkauf der TLG-Wohnungen Ideologische Scheuklappen bewirken Nachteile für Bundeshaushalt und Angst bei Mieterinnen und Mietern, davon mehr als 70 in Gera

Gera/Jena/Berlin. Bis zu 500 Millionen Euro wollte die Genossenschaft FAIRWOHNEN für 11.500 Wohnungen der Treuhandliegenschaftsgesellschaft bezahlen – doch sie wurde vom Bieterverfahren ausgeschlossen. Aber für nur 471 Millionen Euro sollen die Wohnungen der bundeseigenen Gesellschaft jetzt an einen Hamburger Großvermieter verkauft werden. Keine Mitspracherechte für Mieterinnen und Mieter und 29 Millionen Euro Verlust für den Steuerzahler – das ist CDU-Politik. „Wessen Interessen vertreten Sie, Herr Schäuble?“ fragt der Bundestagsabgeordnete Ralph Lenkert und ergänzt. „Weder betriebswirtschaftlich noch sozial lässt sich Ihre Entscheidung begründen.“ Die sogenannte Sozialcharta ist kaum mehr als Kosmetik, denn:

1. Bei einer Aktiengesellschaft sind Eigenbedarfskündigungen nicht möglich, deshalb sind 5 Jahre Schutz vor Eigenbedarfskündigungen sowieso gewährleistet.
2. Das Verbot von Luxussanierungen klingt gut – aber ohne eine klare Definition dieses Begriffs ist dies reine Prosa. Die Ankündigung des neuen Eigentümers – „nicht mehr als 5% jährliche Mieterhöhung“ klingt so, als wenn eine 5%-ige Mietsteigerung bereits beschlossen ist.
3. Ob die angekündigten Kündigungsschutzklauseln für Seniorinnen und Senioren und Menschen mit Behinderung wirksam sind, lässt sich aus den bekannt gewordenen Verlautbarungen nicht entnehmen.

Mit der TLG-Genossenschaft FAIRWOHNEN stand und steht eine Alternative für eine soziale „Verwertung“ der TLG-Wohnungen zur Verfügung. Über diese Genossenschaft würden Mieterinnen, Mieter und Kommunen statt Aktionäre und Spekulanten von den Erträgen aus der Bewirtschaftung der Wohnungen profitieren. Ich wurde Mitglied der TLG-Genossenschaft FAIRWOHNEN und zahlte meinen Beitrag, damit auch die über 70 Geraer Mieterinnen und Mieter der TLG sorgenfrei hätten wohnen können. Dass es überhaupt eine Sozialcharta gibt, ist unserer Teilnahme am Bieterverfahren zu danken. Ich hoffe, der mediale Druck auf die Bundesregierung wird so stark, dass während der abschließenden Verhandlungen eine echte Sozialcharta mit Kündigungsschutz und Mietsteigerungsschutz Grundlage des Vertrages wird.

DIE LINKE im Thüringer Landtag, 20.11.2012

Verkauf der TLG Wohnen GmbH an den TAG Konzern ist Absage an das Recht auf Wohnen

„Die Entscheidung, dass die Bundesregierung rund 11.500 Wohnungen in Ostdeutschland, darunter ca. 900 Wohnungen in Thüringen, an die Hamburger TAG Immobilien AG für 471 Mio. Euro verkauft, zeigt, dass die Bundesregierung weder im Interesse der Mieter noch im Interesse des Steuerzahlers handelt“, erklärt die wohnungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Heidrun Sedlacik.

Die Mieter der betroffenen Wohnungen erhielten nun einen Vermieter, der nur an einer Gewinnmaximierung interessiert ist. Der Chef des TAG Konzerns, Ralf Elgeti, hat in einem Interview geäußert, dass Wohnen in Deutschland zu billig sei. Die Aussage von Elgeti zeige, „dass hier nicht im Interesse der Mieter gehandelt wurde“, so Frau Sedlacik weiter. Jetzt würden wohl Mietsteigerungen anstehen.

In den bereits von der TAG übernommenen weiteren 25.000 ostdeutschen Wohnungen bewegen sich laut TAG-Quartalsbericht die Kosten und die Mieten in die – ihrer Meinung nach – richtige Richtung, also die Kosten würden gesenkt und Mieten erhöht.

„Politisch will der Bund auch hier nicht gegensteuern, denn der Verzicht auf den Verkauf an ein nicht renditeorientiertes Unternehmen, wie die dazu extra gegründete TLG FairWohnen Genossenschaft, hätte hier ein Zeichen setzen können“, ist Frau Sedlacik überzeugt.

DIE LINKE vertritt die Auffassung, dass Wohnungsbaugenossenschaften und kommunale Wohnungsgesellschaften mit sicheren und stabilen Wohnformen und dem Recht auf Mitsprache zukünftig eine bedeutendere Rolle spielen müssen. „In dieser Hinsicht hat die Bundesregierung erneut eine Chance für eine gerechte Wohnungspolitik vertan“, so die LINKE-Abgeordnete.

Deutscher Mieterbund, 19.11.2012

Bund verkauft 11.000 TLG-Wohnungen an Immobilien AG Mieterbund kritisiert Wohnungsverkäufe als falsch

(dmb) „Der Verkauf der 11.000 bundeseigenen TLG-Wohnungen an die TAG Immobilien AG ist falsch. Angesichts der aktuellen Mietpreisentwicklung muss die Bundesregierung alles unternehmen, um preiswerte Wohnungsbestände zu sichern. Sie macht das Gegenteil. Mit dem Verkauf an die TAG Immobilien AG sind Preissteigerungen für die betroffenen 11.000 Mieterhaushalte vorprogrammiert. Mit ihrer Verkaufsentscheidung hat die Bundesregierung soziale Aspekte ausgeblendet“, kritisierte der Direktor des Deutschen Mieterbundes (DMB), Lukas Siebenkotten, die heute bekannt gewordene Verkaufsentscheidung der Bundesregierung.

Aus Sicht des Deutschen Mieterbundes dürfen Wohnungen der öffentlichen Hand nicht an Finanzinvestoren verkauft und nicht zu reinen Renditeobjekten gemacht werden. In den letzten Jahren sind über eine Million Wohnungen an Finanzinvestoren, so genannte Heuschrecken, verkauft worden. Konsequenzen waren vielerorts der Verlust preiswerten Wohnraum, Mieterhöhungen, drastisch reduzierte Investitionen in die Wohnungsbestände, Weiterverkäufe und Umwandlungen in Eigentumswohnungen. Gleichzeitig verlor die öffentliche Hand Einfluss auf örtliche Wohnungsmärkte, hatte keinen Zugriff auf preiswerte und bezahlbare Wohnungen und fiel als Partner für Stadtumbau- und Stadtentwicklungsmaßnahmen aus. Statt hier ein positives Beispiel zu geben, setzt der Bund die Reihe dieser schlechten Beispiele fort.

Statt ernsthaft zu prüfen, ob die Wohnungen nicht an die Länder, die Kommunen oder Mietergenossenschaften hätten verkauft werden können, wird jetzt an die TAG Immobilien Hamburg AG verkauft. Was Mietern jetzt blühen kann, hat TAG-Immobilien-Chef Rolf Elgeti vor wenigen Wochen in einem Interview angedeutet: Wohnen sei in Deutschland zu billig. Die Mieten seien sowohl im Vergleich zu den Baukosten als auch im Vergleich zu den Einkommen zu niedrig.

Nachtrag zur 2. Mitgliederversammlung

An die Mitglieder der Treuhandliegenschaftsgenossenschaft FAIRWOHNEN
und solche, die es werden wollen

Berlin, Oktober 2012

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit dem vorausgegangenen Schreiben haben wir die Mitglieder und Unterstützer der Genossenschaft FAIRWOHNEN über die 2. Mitgliederversammlung informiert.

Wir haben darin unter anderem auf die geänderte Beitragsordnung hingewiesen und darum gebeten, die neu festgelegten Beiträge **nach** erfolgter Eintragung der Genossenschaft in das Genossenschaftsregister auf das angegebene Konto zu überweisen.

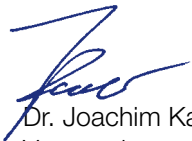
Über den Zeitpunkt der Eintragung werden wir Sie nochmals gesondert informieren.

Der neue Beitrag wird sich folgendermaßen zusammensetzen:

- | | |
|---|------------|
| 1. Eintrittsgeld: | 10,00 Euro |
| 2. Pflichtanteil: | 51,13 Euro |
| 3. Jahresbeitrag für TLG Mieter-Mitglieder: | 50,00 Euro |
| Jahresbeitrag für Unterstützer: | 25,00 Euro |

Also für in TLG Wohnungen wohnende Mieter ein Einmalbetrag von 111,13 Euro und ab 2013 einen Jahresbeitrag von 50,00 Euro. Für die Mitglieder, die nicht in einer TLG Wohnung wohnen und keinen Anspruch auf eine Genossenschaftswohnung anmelden, einmalig 86,13 Euro und danach ein Jahresbeitrag von 25,00 Euro.

Mit genossenschaftlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Joachim Kadler', is positioned above the printed name.

Dr. Joachim Kadler
Vorstand

2. Ordentliche Mitgliederversammlung

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 25.09.2012 hat die 2. ordentliche Mitgliederversammlung der TreuhandliegenschaftsGenossenschaft „FAIRWOHNEN“ in Berlin getagt. Da die Genossenschaft noch nicht im Genossenschaftsregister eingetragen ist, konnte eine form- und fristgerechte Einladung nur an die Mitglieder ergehen, die am 13. April 2012 die Genossenschaft gegründet haben und die in der Gründungsphase das Entscheidungsgremium der Genossenschaft bilden.

Mit unserem Brief vom 21.07.2012 hatten wir Sie über den Ausschluss unserer Genossenschaft aus dem internationalen Bieterverfahren informiert.

Mit dem heutigen Schreiben wollen wir Sie über den weiteren Fortgang und den jetzigen Sachstand in Kenntnis setzen: Nachdem unsere Widersprüche gegen den Ausschluss der Genossenschaft erfolglos geblieben waren, hatte die Gründungsmitgliederversammlung darüber zu beraten und zu beschließen, ob das Ausscheiden aus dem Bieterverfahren zur Liquidation der Genossenschaft führen muss, oder ob die Genossenschaft mit geändertem Satzungszweck ihr Ziel, Mieterinnen und Mieter der TLG Wohnungen bei der Durchsetzung ihrer (Wohn) Interessen zu unterstützen weiter verfolgen soll. Die Versammlung hat sich nach eingehender Beratung einstimmig für letzteres entschieden. Satzung und Beitragsordnung wurden dementsprechend angepasst und zusammen mit einer Pressemitteilung in den Folgetagen auf der Internetseite der Genossenschaft www.tlg-fairwohnen.de eingestellt. Da ein postalischer Versand der Versammlungsdokumente aus logistischen und Kostengründen leider nicht möglich ist, bitten Aufsichtsrat und Vorstand die Mitglieder sowie andere Interessierte darum, die Informationen über die Versammlung und deren Beschlüsse auf der Internetseite abzurufen und diejenigen, die nicht über einen Internetzugang verfügen, solidarisch zu unterstützen.

Die Kernaussagen der Versammlung und der gefassten Beschlüsse sind:

1. Die Genossenschaft wird nicht liquidiert.
2. Die Satzung wird um den Punkt der Beratung und Erarbeitung einer Sozialcharta erweitert.
3. Die Genossenschaft wird in einer neuen Informations- und Beratungsrunde mit den Mieterinnen und Mietern sowie den Mieterorganisationen vor Ort diese Sozialcharta beraten und verabschieden.
4. Die Genossenschaft wird sich um das Mandat bemühen, die Sozialcharta im Auftrag der Mieterinnen und Mieter der TLG Wohnungen dem Bundesfinanzministerium vor dem Verkaufsabschluss zur Verhandlung vorzulegen.
5. Die Genossenschaft wird sich ggf. zu einem späteren Zeitpunkt erneut um den Erwerb von Teilbeständen aus der veräußerten TLG WOHNEN GmbH beim Erwerber bemühen.
6. Aufgrund der geänderten Sachlage hat sich die Genossenschaft eine neue Beitragsordnung mit wesentlich niedrigerem Eintrittsgeld und nur einem Pflichtanteil gegeben. Ergänzend wurde ein laufender Regel-Beitrag von 50,00 bzw. 25,00 Euro pro Jahr beschlossen.
7. Die bisherigen Beitrittsbedingungen sind damit hinfällig. Von den vorliegenden Einzugsermächtigungen wird kein Gebrauch gemacht.

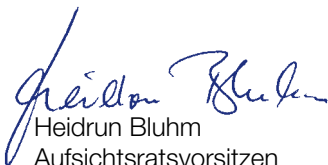
Sicher werden Sie sich gefragt haben, ob nicht auch rechtliche Schritte gegen die Ausschlussentscheidung der Barclay Capital Bank möglich und nötig gewesen wären.

Wir haben das selbstverständlich prüfen lassen, mussten im Ergebnis des Rechtsgutachtens aber entscheiden, auf den Klageweg zu verzichten. Allein ein Streit um die Wiedereinsetzung in das Vergabeverfahren hätte bei äußerst geringen Erfolgsaussichten schon einen hohen sechsstelligen Eurobetrag gekostet und damit wäre die Genossenschaft bei weitem finanziell überfordert gewesen. Es ist durchaus anzunehmen, dass die Betreiber des Vergabeverfahrens diesen Umstand bei ihren Entscheidungen ins Kalkül gezogen haben.

Aufsichtsrat und Vorstand bitten nunmehr die beigetretenen Mitglieder sowie neu Beitretende Ihr verringertes satzungsgemäßes Eintrittsgeld sowie die Kosten des Pflichtanteils und den Regelbeitrag auf das Konto der Genossenschaft zu überweisen.

Für das Vorhaben, in den nächsten Wochen in möglichst vielen Orten mit Mieterinnen und Mietern über deren soziale Belange und das Vorgehen bei der Erarbeitung und Verhandlung der Sozialcharta ins Gespräch zu kommen, bitten Aufsichtsrat und Vorstand örtliche Strukturen, Initiativen und engagierte Helferinnen und Helfer um Unterstützung. Termine und Veranstaltungsorte werden, wie bisher, möglichst frühzeitig bekanntgegeben.

Mit genossenschaftlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Heidrun Bluhm'.

Heidrun Bluhm
Aufsichtsratsvorsitzen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Joachim Kadler'.

Dr. Joachim Kadler
Vorstand

Pressemitteilung

Am 25.09.2012 haben die Gründungsmitglieder in ihrer 2. Ordentlichen Mitgliederversammlung darüber beraten, wie mit der Entscheidung des Bundesfinanzministeriums, die TLG FAIRWOHNEN i.G. aus dem Bieterverfahren auszuschliessen, weiter umgegangen werden soll. Nach breiter Diskussion unter den Mitgliedern wurde einstimmig beschlossen, die Genossenschaft nicht aufzulösen sondern ihren Zweck zu erweitern und dazu die Satzung zu ergänzen. Hierin heißt es nun: „Die Genossenschaft fördert ferner die sozialen Belange ihrer Mitglieder durch Eintreten für eine sozial verträgliche Wohnungspolitik und Beratungsangebote für ihre Mitglieder in wohnungswirtschaftlichen und mietrechtlichen Fragen sowie in Angelegenheiten der Gestaltung intakter, solidarischer Nachbarschaften.“

Mit dieser Satzungserweiterung wollen die Mitglieder der Genossenschaft die Mieterinnen und Mieter der TLG Wohnungen auf dem Weg in die Privatisierung beraten, ihnen helfen, ihre sozialen Belange zu bündeln und diesen eine laute Stimme geben. Damit sollen die bereits bestehenden Kontakte zu den Bewohnern der Wohnungen intensiv genutzt werden, um eine wirklich handfeste Sozialcharta auf den Weg zu bringen und Herrn Schäuble zu zwingen, diese mit dem Erwerber vertraglich zu vereinbaren. Nach Abschluss des Verkaufsprozesses wird es einen Käufer geben, der in den Folgejahren eine solche Sozialcharta einhalten muss. Das muss kontrolliert werden, die TLG FAIRWOHNEN will mit ihren Mitgliedern diese Kontrolle in Interessenvertretung für alle von Privatisierung betroffenen Mieterinnen und Mietern ausüben. Dazu haben wir vereinbart, diese Interessenvertretung gemeinsam mit dem Deutschen Mieterbund vor Ort zu organisieren.

Weiter wurde auch eine neue Beitragsordnung verabschiedet, die regelt, dass zukünftig 50,00 Euro Jahresmitgliedsbeitrag für Mitglieder der Genossenschaft anfallen. Damit sind zukünftig die 10 Pflichtanteile a 51,13 Euro nicht mehr zu entrichten. Wir hoffen so auf weiteren Zulauf für unsere Genossenschaft und werden nun unverzüglich Kontakt zu unseren Mitgliedern aufnehmen, die uns auch nach dem Ausscheiden aus dem Bieterverfahren bisher die Treue gehalten haben. Nach der Entscheidung des Bundesfinanzministeriums sind weit mehr Mitglieder in die Genossenschaft eingetreten, als Austritte erklärt wurden.